

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

27.10.1932 (No. 252)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in den Anzeigenverzeichnissen der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu finden sind, ist die Anzeigengebühr zu zahlen. Bei Abgabe von Anzeigen, die in den Anzeigenverzeichnissen der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu finden sind, ist die Anzeigengebühr zu zahlen. Bei Abgabe von Anzeigen, die in den Anzeigenverzeichnissen der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu finden sind, ist die Anzeigengebühr zu zahlen.

Die deutsche Landwirtschaft

Von C. Leonhard Albert, Dipl.-Volkswirt, Karlsruhe.

Die Gefahren der Extensivierung ergeben sich ohne weiteres. Man muß, um in einem Betriebe einen gewissen Ernteertrag sicherzustellen, somo hohe Kosten aufwenden. Werden nun die aufzuwendenden Kosten verringert, so muß, wenn die früheren Kosten zweckmäßig und zweckdienlich angelegt waren, automatisch ein abgefunkenener Ernteertrag die Folge sein. Als Zahlenbeispiel mag folgendes angeführt werden: Nehmen wir an, unsere Landwirtschaft führte dem Boden für ein Jahr 100 000 Tonnen Reinstickstoff als Nährstoffgabe weniger zu, als heute, so entspräche dies einem Ernteausfall von 2 Millionen Tonnen Getreide, die, da die Nachfrage besteht, importiert werden müßten. Als Gegenwert müßte unsere Devisenwirtschaft 2-300 Millionen RM. zum Ausgleich aufbringen. In gleicher Weise müßten auch noch andere landwirtschaftliche Produkte zu gleicher Zeit mit ausfallen, so daß nicht nur ein Getreideerückgang, sondern auch noch ein Rückgang im allgemeinen zu beklagen wäre. Ein guter Beweis hierfür ist unsere Kriegswirtschaft; damals lagen solche Verhältnisse vor: Minderung der Nährstoffgaben an den Boden in erhöhtem Maße, Arbeitskräftemangel usw., dadurch ein Ernteausfall von 50 Proz. im Vergleich zum Jahre 1913. Dazu kommt noch die Verarmung unserer Böden nach dem Kriege. Welche große Anstrengungen mußte der Landwirt machen, um die Ertragsfähigkeit seiner Scholle wieder normal zu gestalten!

Ein durch die Extensivierung hervorgerufener Ernteausfall zwänge also zu erhöhtem Import. Dies bedeutet Vereinfachung von Devisen. Kredite aus dem Ausland fließen uns wegen der hohen Verschuldung nicht mehr zu. Wie also sollte dann gegenverrechnet werden? Etwas durch das System der handelsvertragsmäßigen Kompensationsgeschäfte? Haben unsere Handelsverträge, abgesehen von dem guten Willen, der auf dem gebuldrigen Papier zum Ausdruck kommt, die erstrebten Ausgleichs geschäfte, oder liegt nicht immer noch das ungeschriebene Recht des wirtschaftlich Stärkeren?

Mit der Untersuchung der Frage, ob intensiv oder extensiv geführte Betriebe in der Landwirtschaft vorzuziehen seien, hat sich der Reichslandwirtschaftsrat eingehend beschäftigt. Ich verweise auf die Schrift von Dr. Henrich, „Roberttrug und Reinertrag 1931“, in der auf Grund von Prüfungen der Buchführungsergebnisse von mehreren Tausend landwirtschaftlichen Betrieben folgendes Ergebnis festgestellt wurde: Je höher unter gleichen natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Rohertrag ist, desto höher ist der Reinertrag. Ganz ähnlich gelagert sind auch die Gedankengänge in dem Referat von Reichsminister Prof. Dr. Warmbold, das er anlässlich der 61. Hauptversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates zu Berlin hielt. Auch er sieht in der Extensivierungstendenz der landwirtschaftlichen Betriebe für die deutsche Volkswirtschaft die größte Gefahr. Seine in der Einleitung aufgestellte Forderung für Hilfsmassnahmen sind auf drei Gebiete abgestellt:

1. Schutz gegen die Einflüsse des Weltmarktes.
2. Steigerung der Erlöse für die verkauften landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Verbesserung und weiteren Ausbau des Absatzes.
3. Senkung der Erzeugungskosten im landwirtschaftlichen Betriebe.

Wir können das Problem der Extensivierungsbestrebung aber auch noch kurz von einer anderen Seite aus betrachten, nämlich von der Seite der Preise her. Hier finden wir, daß der verminderte Ernteertrag die Preise für die einzelnen landwirtschaftlichen Produkte zwangsläufig in die Höhe treibt. Wie weit ist dies aber überhaupt möglich, bei einer so stark verringerten Kaufkraft unserer deutschen Bevölkerung? Ließe dies das Volk zu, oder könnte hier die Regierung untätig zusehen? Ich halte dies beides für unmöglich. Das wirtschaftliche Grundgesetz von Angebot und Nachfrage würde mit seiner ganzen Wucht einsetzen. Folgeerscheinung müßte sein: Wegfall des Agrarschutzes. Dadurch wäre einem Start der Auslandskonkurrenz Tür und Tor geöffnet. Einer Auslandskonkurrenz, die sich auf so viele natürliche und technische Vorteile stützen kann, deren Rendite dadurch

Letzte Nachrichten

Die Politik des Deutschen Beamtenbundes

Bundestag in Berlin

BRB, Berlin, 27. Okt. (Priv.-Tel.) Der Deutsche Beamtenbund trat am heutigen Donnerstag in Berlin unter starker Teilnahme aus dem ganzen Reich zu seinem 8. Bundestag zusammen. Der Bundesvorsitzende Klügel teilte in seiner Begrüßungsansprache mit, daß die Reichsregierung darauf verzichtet habe, der Einladung zu der Tagung zu folgen und sich mit geschäftlicher Behinderung entschuldigt habe. Es sei bedauerlich, daß sich die Reichsregierung die seltene Gelegenheit, mit den gewählten Vertretern der Beamtenschaft aller Gruppen und aller deutschen Gauen in persönliche Fühlung zu treten, verlor habe. Zum Verhandlungsleiter des Bundestages wurde Regierungsrat Dietrich, Kassel, bestimmt. Der Bundesvorsitzende hielt darauf einen Vortrag über die Politik des Deutschen Beamtenbundes.

Er betonte, daß die Beamtenschaft durchaus bereit sei, ihren Anteil an der allgemeinen Not zu tragen. Nicht das Opfer als solches habe sie erregt und verbittert, sondern vor allem die Art, wie die Beamtenopfer notverordnet worden seien. Der Gesamteffekt der Beamtengehälterkürzungen betrage bisher rund 24 Milliarden Reichsmark. Lebhaft kritisierte Klügel an dem „Dolchstoß“, den der Industrie von Siemens gegen die öffentlichen Bediensteten geführt habe. Nicht wenige leitende Persönlichkeiten der Wirtschaft bezögen heute noch Einkommen, gegen die die Gehälter höchster Beamten sich wie Bettelgroßen ausnehmen. Mit Entschiedenheit wandle sich Klügel auch gegen jeden Versuch, die Beamten zu Staatsbürgern minderen Ranges und minderen Grades zu machen.

Den Hauptteil des Vortrages nahm die Auseinandersetzung mit den Angriffen auf den Beamtenbund wegen angeblicher Verletzung seiner parteipolitischen Neutralität in Anspruch. Klügel formulierte das Wesen des Neutralitätsbegriffes dahin, daß parteipolitische Neutralität die Unabhängigkeit von jeder politischen Partei, die völlige Freiheit von jedem Parteieinfluß bedeute, aber auch in sich schließe die Möglichkeit zum Zusammenwirken mit jeder Partei und Zurückweisung von Angriffen und Bedrohungen durch Parteien und Parteiführer, wenn diese die Interessen des Beamtenbundes verletzen. Klügel erklärte zum Schluß, daß sich der Beamtenbund auch in Zukunft nicht in negativer Kritik erschöpfen werde. Wer Parteigeist und Parteibottheit in die überparteiliche Arbeit des Bundes trage, verflüchtige sich an der berufspolitischen Grundlage der Organisation.

Nachspiel zu den Tumulten im Preussischen Landtag

Schadenersatzklage gegen den Präsidenten abgewiesen
BRB, Berlin, 27. Okt. (Priv.-Tel.) Die Tumulte, die sich in einer der ersten Sitzungen des neuen Preussischen Landtages abspielten, hatten jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Wie erinnerlich, war bei der Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Jürgen erheblich verletzt worden. Der Abgeordnete hatte daraufhin gegen den Landtagspräsidenten Kertel eine Schadenersatzklage angestrengt, und zwar mit der Begründung, daß der Präsident seine Aufsichtspflicht verletzt hätte. Diese Klage ist nunmehr vom Landgericht I Berlin abgewiesen worden.

Bolivianisch-paraguayischer Waffenstillstand

BRB, Washington, 27. Okt. (Tel.) Bolivien hat nunmehr, dem Beispiel Paraguays folgend, gleichfalls den Vorschlag der neutralen Mächte angenommen, wonach im Chaco-Gebiet die Feindseligkeiten eingestellt werden sollen, bis die Streitfrage durch Schiedspruch endgültig geregelt ist.

In einem Schwereverratsprozeß gegen sieben Berliner Kommunisten wurden in Leipzig Zuchthausstrafen von 4 bis 1 1/2 Jahren verhängt.

sich ganz anders gestaltet, daß die Frage der Erzeugungskosten anders gelagert sind, als bei uns. Dieser Konkurrenz müßte der deutsche Landwirt unbedingt erliegen, denn ihr ist er nie gewachsen. Können wir es uns leisten, vielleicht den wichtigsten Betriebszweig in unserem Vaterlande dem Untergang zu weihen? Würden die Ausländer, nach Niederkampfung der einheimischen Konkurrenz nicht mit uns machen können, was sie wollten hinsichtlich der Preisgestaltung bei der Abnahme der dringendsten von uns benötigten Nahrungsmittel? Selbst wenn in diesem Falle die Unmöglichkeit der Devisenschaffung hemmend wirken würde, so müßte doch das endgültige Bild unlagbarer Jammer, große Not, viel Hunger, größte Armut sein.

Hat man klar erkannt, daß der Weg ungangbar ist, so erhebt sich sofort eine Reihe von Forderungen, um die heute in unserer Landwirtschaft bestehenden Mißverhältnisse anzuschaffen, unsere Landwirtschaft wieder so zu gestalten, daß sie im ganzen wieder rentabel wird. Daß die

* Nach dem Leipziger Urteil

Noch ist in Berlin von Seiten der Reichsregierung bzw. von Seiten des preussischen Reichskommissars nichts geschieden, um nun die praktischen Konsequenzen aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs in Leipzig zu ziehen. Und man braucht sich darüber, wie wir schon gestern andeuteten, auch gar nicht zu wundern. Denn es wird überaus schwer sein, hier jogleich den richtigen Weg zu finden.

Auch diejenigen, die von vornherein das Vorgehen des Reichskanzlers in Preußen für äußerst bedenklich hielten und nunmehr durch das Urteil Recht bekommen haben, haben kein Interesse daran, Maßnahmen zu befürworten, die zu einer Schädigung der Reichsautorität führen könnten. Herr von Papen ist nun einmal Reichskanzler; und sein und des Reiches Ansehen sind bei der Sache nicht minder engagiert, wie das des Reichspräsidenten. Schon allein das Urteil selbst ist zweifellos geeignet, die moralische Stellung der Reichsregierung zu verschlechtern. Denn es kann für kein Kabinett gleichgültig sein, wenn ihm von dem höchsten Gerichtshof bescheinigt wird, daß es in einer Reihe von Handlungen die Vorschriften von Gesetz und Verfassung ignoriert oder zum mindesten völlig falsch interpretiert hat. Würde der Reichskanzler sich am 20. Juli bei maßgebenden Juristen gründlich erkundigt haben, so würde er wohl schon damals dahin belehrt worden sein, daß die von ihm geplante Aktion in Preußen in einigen wichtigen Punkten mit dem Wortlaut und Sinn der Verfassung nicht mehr vereinbar war.

Entweder hat der Reichskanzler in der Tat solche Gutachten nicht eingeholt und nach eigenem Ermessen und nach eigener Beurteilung der verfassungsrechtlichen Sachlage gehandelt, oder aber er ist sich von vornherein über das Bedenkliche seiner Aktion im klaren gewesen und hat sie doch gewagt, in dem festen Vertrauen darauf, mit Aufwand der nötigen persönlichen Energie und mit anderen Mitteln seine Auffassung durchdrücken zu können. Wenn er bei alledem die Geistesverfassung des Reichspräsidenten richtig eingeschätzt hat, hätte er sich wohl von vornherein für einen Weg entscheiden müssen, der bei aller Schärfe des Zugreifens in Preußen doch die Legalität auf strengste wahrte. Nicht ganz ohne Grund wird jetzt schon seit Wochen in der nationalsozialistischen Presse dem Reichskanzler immer wieder vorgehalten, es sei doch eine merkwürdige Sache, daß man erst von dem Führer der Partei, Herrn Hitler, die Legalität des Handelns um jeden Preis verlangt habe, selbst aber, wie das Beispiel in Preußen und andere Vorfälle zeigten, nicht gesonnen sei, sich genau an Sinn und Buchstaben der Verfassung zu halten.

Es scheint so, als ob das Urteil des Staatsgerichtshofs auch in dieser Beziehung reinigend gewirkt hat. Und sicherlich wird diese Wirkung noch anhalten. Insofern ist das Urteil geradezu als ein Befehl zu bewerten, der alle verantwortlichen Staatsmänner und Politiker zur strengsten Beobachtung von Gesetz und Verfassung mahnt. Der Staatsgerichtshof bleibt ja auch weiterhin da, und er kann ja auch weiterhin angerufen werden. Es ist aber undenkbar, daß eine Regierung im Reich sich gegen die Urteilsprüche dieses höchsten Gerichts behaupten könnte. Ganz abgesehen davon, daß Reichspräsident von Hindenburg bestimmt nicht die Absicht hat, einen Konflikt der Reichsregierung mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes, wie es

Landwirtschaft kaum je ein Großverdiener wird, wird jedem klar sein. Der zu suchende Weg muß gerade das Gegenteil im Auge haben, nämlich die Intensivierung der Landwirtschaft. Die Maßnahmen werden auf zwei Gebieten zu ergreifen sein:

1. Aktionen zur Stützung des Preises für das landwirtschaftliche Produkt.
2. Minderung der landwirtschaftlichen Gesehungskosten.

Diese beiden Gebiete werden Themen eines folgenden Aufsatzes sein, sowohl die reinen Hilfsaktionen wie die Rationalisierungsprobleme in der deutschen Landwirtschaft.

Unsere Landwirtschaft ist das Rückgrat unserer gesamten deutschen Wirtschaft. Aus der eigenen Kraft der Scholle wächst die Kraft des ganzen Volkes heraus. Sie zu erhalten und zu fördern ist eine der ersten Aufgaben wirklicher Staatspolitik.

* S. Nr. 249 der „Karlsruher Zeitung“.

sich im Reichsgericht und im Staatsgerichtshof in Leipzig verkörpert, zu dulden.

Dah in Preußen sobald als möglich wieder Zustände hergestellt werden müssen, die der Verfassung und dem Wortlaut des Urteilspruchs von Leipzig entsprechen, versteht sich ganz von selbst. Dabei braucht man nichts zu überflüssigen. Falls nicht überhaupt nach den Reichstagswahlen eine Umwandlung des Kabinetts stattfindet, würde auch die Aufgabe des Kabinetts von Papen nur die sein können, nämlich alles zu tun, um die Konsequenzen, die sich aus dem Urteil von Leipzig ergeben, nun auch zu verwirklichen. Ohne einen Rückzug wird es dabei wohl nicht abgehen können. Aber sonst wird sicherlich der Wunsch allenthalben Berücksichtigung finden, daß bei diesem Rückzug die Autorität des Reiches und der Reichsregierung nicht gar zu großer Schaden nimmt.

Allem Anschein nach hat auch das preußische Staatsministerium für solche Erwägungen Verständnis. Jedenfalls hat es sich bisher aller schroffen Maßnahmen enthalten. Der Besuch von Dr. Dreht, dem Verwaltungsjuristen des Kabinetts Braun-Severing, beim Staatssekretär des Reichspräsidenten zeigt deutlich, daß das preußische Staatsministerium entschlossen ist, die Angelegenheit ohne unnötige Schärfe und im vertrauensvollen Benehmen mit dem Reichspräsidenten ins reine zu bringen.

Auch in den Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, vertritt man die Auffassung, daß es wohl am besten wäre, wenn gleich nach den Reichstagswahlen der Preussische Landtag die Initiative ergreife und auf der Grundlage einer Parlamentsmehrheit eine neue Regierung bilde. Dann würde die Tätigkeit des Reichskommissars von selbst ihr Ende finden. Und die Reichsreformwünsche der Reichsregierung würden dann, soweit sie Preußen betreffen, unter Mitwirkung des zum Urteil berufenen Faktors, nämlich des preussischen Volkes und seiner Vertretung, zu erledigen sein.

Möglich ist auch, daß es, falls die Bildung einer neuen Regierung im Preussischen Landtag scheitert, zu neuen Wahlen kommt. Das Dreimännerkollegium könnte von sich aus einen derartigen Beschluß fassen. In diesem Kollegium sitzen ein Sozialdemokrat (der Ministerpräsident Otto Braun), ein Nationalsozialist (der Landtagspräsident Herrl) und ein Zentrumsmann (der Vorsitzende des preussischen Staatsrats Adenauer). Aber auch das Dreimännerkollegium wird erst das Ergebnis der Reichstagswahl abwarten wollen. Ist es kein wesentlich anderes, als das der Wahl vom 31. Juli, so wird auch in der parteipolitischen Zusammensetzung des Preussischen Landtags durch eine Neuwahl keine große Änderung zu erwarten sein. Und damit würde sich dann ganz von selbst der Zwang ergeben, in dem jetzt bestehenden Landtag eine Regierungsmehrheit zu bilden, so oder so.

Kleine Chronik

Ein Güterzug wurde heute nacht halb 12 Uhr in Delitzsch von Dieben herabst. Ein Kommando der Bahnpolizei Halle, die das Gelände absuchte, wurde aus einem Strobdämen plötzlich beschossen. Es wurden im ganzen etwa 15 bis 20 Schüsse geschossen. Einer der Täter erhielt einen Armschuß und konnte festgenommen werden.

In Warschau ist Baron Rosenberk, der Vizepräsident des Aeroklubs und gewesener Präsident des Verwaltungsrates der polnischen Flugzeugfabrik Wiala Rodlasta, unter der Beschuldigung verhaftet worden, zu ungunsten der Flugzeugfabrik und des Staatschätze 900 000 Zloty unterschlagen zu haben.

In Buenos Aires soll der Sohn des argentinischen Finanzministers, Santiago Sueno, und der Sohn des Millionärs Hvarza von einer Verbrecherbande entführt worden sein, um ein großes Lösegeld zu erpressen. Dem jungen Sueno sei es gelungen, zu entkommen. Die Tat sei allem Anschein nach von der Verbrecherorganisation Mafia ausgeführt worden, die früher in Süditalien große Macht hatte.

Badisches Landestheater
„Eine Nacht in Venedig“

(Neueinstudierung der Strauß-Operette am 25. Okt. 1932)
Es kommt immer auf die Konjunkturen an. Auch eine der weniger gefallenen Strauß-Operetten wird nur im richtigen Augenblick wieder die Gemüter rühren und berühren. Ich erinnere mich, eben diese „Nacht in Venedig“ schon einmal in einer Hagemannschen Reinszenierung erlebt zu haben. Es war so ums Kriegsende bei Badener Festspielen durch das ihm damals noch unterstellte Mannheimer Ensemble. Das war also, lange bevor Johann Strauß zum außerordentlichen Mitglied des Publikums avancierte, auch weit vor der Zeit noch, da sich manche seiner Werke in reuemeäßig aufgezogener Metamorphose erneut empfahlen. Beides war wohl Grund genug, daß jenem Hagemannschen Versuch zwar ein gewisses historisches Verdienst zukam, daß aber der Chronist kaum von einem durchschlagenden Erfolg berichten konnte.

Nun bietet derselbe Intendant als Gastregisseur des Bad. Landestheaters unter einer zeitgemäß geänderten Perspektive das gleiche Werk nochmals der Genußsucht der modernen Menschen an, und siehe, gerade die für einen reueverbliffenen Geschmack zurechtgemachten Zutaten, die sich allerdings auch sehr gefällig, doch nie bis zu böser Ausschütlung breitmachen, ergeben jetzt eine früher weder geahnte, noch je erprobte Wirksamkeit. Wir müssen freilich auch sofort bemerken, daß die Karlsruher Theaterbesucher — besonders in den letzten Jahren an einen richtigen Strauß-Kult gewöhnt — wahrscheinlich sogar einer noch schwächeren Partitur des Bad. Landestheaters unter einer zeitgemäß geänderten Perspektive das gleiche Werk nochmals der Genußsucht der modernen Menschen an, und siehe, gerade die für einen reueverbliffenen Geschmack zurechtgemachten Zutaten, die sich allerdings auch sehr gefällig, doch nie bis zu böser Ausschütlung breitmachen, ergeben jetzt eine früher weder geahnte, noch je erprobte Wirksamkeit. Wir müssen freilich auch sofort bemerken, daß die Karlsruher Theaterbesucher — besonders in den letzten Jahren an einen richtigen Strauß-Kult gewöhnt — wahrscheinlich sogar einer noch schwächeren Partitur des Bad. Landestheaters unter einer zeitgemäß geänderten Perspektive das gleiche Werk nochmals der Genußsucht der modernen Menschen an, und siehe, gerade die für einen reueverbliffenen Geschmack zurechtgemachten Zutaten, die sich allerdings auch sehr gefällig, doch nie bis zu böser Ausschütlung breitmachen, ergeben jetzt eine früher weder geahnte, noch je erprobte Wirksamkeit.

Aber nichts weiter davon — wir befinden uns eben bei einem gelungenen und gelangten Bühnenspiel, und das bedeutet für jeden, sofern er überhaupt zu dessen glücklicher Atmo-

Das Leipziger Urteil

Reichsregierung und Preußenregierung

Eine Besprechung, die Mittwochabend zwischen Ministerialdirektor Dr. Dreht im Auftrage des preussischen Staatsministeriums mit Staatssekretär Reichner stattfand, wird als eine erste Fühlungnahme über die politischen und rechtlichen Fragen bezeichnet, die sich für die Praxis aus dem Leipziger Urteil ergeben.

Aus dieser Darstellung läßt sich entnehmen, daß die Fühlungnahme in den nächsten Tagen weitergeführt werden wird. In politischen Kreisen hat man den Eindruck, daß sowohl bei der preussischen Staatsregierung als auch beim Reich der Wille zu einer Verständigung vorhanden ist. In diesem Sinne werden auch die Ausführungen gemeldet, die Ministerpräsident Braun Mittwochnachmittag vor den Vertretern der Presse gemacht hat. In Kreisen, die dem Reichskommissar nahe stehen, wird erklärt, daß auch bei ihm die Absicht zu einer lokalen Zusammenarbeit bestehe. Natürlich werde der Reichskommissar die Initiative, die das Leipziger Urteil ihm zuspricht, ausüben, aber das werde sicher in Formen geschehen, die keine neuen Schwierigkeiten schaffen. Nach Auffassung dieser Kreise kommt es zunächst darauf an, die Befugnisse, Rechte und Pflichten für die Praxis abzugrenzen, die durch das Leipziger Urteil gegeben sind. Das ist auch schon mit Rücksicht auf die preussischen Beamten auch in den unterstellten Behörden notwendig.

Die Erhöhung der Unterstützungssätze
Die Finanzen der Reichsanstalt

Die Tatsache, daß für die von der Reichsregierung angelegten 70 Millionen Reichsmark, die durch die Erhöhung der Unterstützungssätze entstehen, aus den Ersparnissen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung genommen werden, hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Finanzlage der Reichsanstalt gelenkt.

Aus Berlin wird dazu mitgeteilt: Obwohl die Reichsanstalt nicht nur für die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen hat, sondern auch für die der Kurzarbeiter und für die Bildungsmaßnahmen für jugendliche Arbeitslose zu sorgen hat und ferner bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mitwirken muß, war es der Reichsanstalt möglich, dem Reich ab 1. April aus ihren Überschüssen noch rund 160 Millionen zur Verfügung zu stellen, nachdem sie sich an dem ersten Arbeitsbeschaffungsplan der Reichsregierung bereits mit 20 Millionen beteiligt hatte. Nach dem Einzug der neuen Abgabe der Arbeitslosenbeiträge glaubt die Reichsanstalt dem Reich im Winterhalbjahr für die Arbeitslosenunterstützung rund 240 Millionen Reichsmark zuführen zu können. Auch im zweiten Halbjahr ist mit Überschüssen zu rechnen.

Anlässlich einer Brünning-Versammlung kam es in Bamberg zu starken Ausschreitungen. Die Demonstranten, meist junge Leute und in der Mehrzahl Nationalsozialisten, störten durch großes Lärmen die Versammlung, auch wurde ein Stein gegen den Kraftwagen Dr. Brünnings geschleudert, wobei ein Wagenfenster zertrümmert wurde.

In einer nationalsozialistischen Wahlversammlung in Frankfurt, in der Reichsanstalt Frank II (München) sprach, kam es zu erregten Auftritten, als der überwachende Polizeioffizier den Redner wegen scharfer Angriffe gegen den Reichslangler verwarnte. Dabei äußerte sich der Redner abfällig über die überwachenden Polizeiorgane, was die Auflösung der Versammlung zur Folge hatte. Dabei kam es zu einem Tumult, und es wurde mit Biergläsern nach den Beamten geworfen.

In Frankfurt a. M. war ein Konzert des Orchestervereins, zu welchem der bekannte Violinvirtuose Gustav Sabermann gewonnen wurde. Kurz vor dem Auftreten wurden Flugblätter verteilt, die darauf hinwiesen, daß Sabermann in Berlin ein nationalsozialistisches Orchester dirigiere. Als Sabermann auf dem Podium erschien, setzte er ein minutenlanges Pfeiffkonzert ein, das von der Freiheit der Konzertbesucher durch eine Gegen demonstration schließlich unterdrückt wurde.

Vor dem Schlichtungsgericht in Greifswald begann der Prozeß gegen 22 Angeklagte, meist Kommunisten, wegen der blutigen Vorfälle am 17. Juli, bei denen drei Nationalsozialisten getötet und mehrere verletzt wurden. Es sind etwa 200 Zeugen geladen.

In der Wiener Hochschule kam es abermals zu Schlägereien zwischen nationalsozialistischen Studenten und politischen Gegnern. Der Rektor hat die vorläufige Schließung der Universität angeordnet. 15 Studenten haben zum Teil ernste Verletzungen erlitten. Da vier Amerikaner verletzt wurden, hat der amerikanische Gesandte beim Unterrichtsminister dafür Genugtuung verlangt.

Spähre zurückfinden kann, einen sehr unterhaltsamen und angenehmen verzierten Abend. Abgesehen macht es Josef Kripp, der vorab sein Orchester auf einen prächtigen Lustspielton gestimmt hat, wirklich nicht schwer, sich einer heiteren Gelächter hinzugeben. Und nach dem Ohr, das gleich mit der sprichigen Überfülle voll befriedigt wurde, kamen später Aug' und Gemüt nicht minder auf ihre Kosten. Denn ohne Einschränkung ist jedenfalls Dr. Carl Hagemann zu attestieren, daß er stets den Blickwinkel auf die Lichtseite zu schieben weiß und aus kleinsten Bausteinen ein wirkliches und schmissiges Ganzes formt. Diese betörende Wirkung läßt sogar in die verhaltensten Adern des Librettos, das weiland so ehrsame Herren wie F. Zell und R. Genée geschrieben haben, frischemoßiges Blut fließen und ergibt zusammen mit der reueverbliffenen Pracht der Dekorationen (Zorken Best), zusammen mit den blendenden Kostümen (Mars. Schellenberg) allerhand Stimmung und Wirkung. Dazu wird wunderhübsch und besonders eindrucksvoll im Schlusssatz von Ferry Dworak und seinen Vallettesen gelangt, aber auch sonst herrscht flotte Bewegung in diesem lockeren Festnachtsstreifen, zumal von Seiten der holden Weiblichkeit, die in Emmy Seiberlich und Lilli Janz, in Erna Haber und Elfrida Haberborn mit netten Späßen auftrumpft. Dabei lebendig und flink antworten darauf die Männer, ob man dabei nun zunächst an Alfons Kloebe und Robert Kiefer in ihren vorwiegend komischen Rollen denkt oder an den Herzog von Wilhelm Rentwig, wennschon er seine Stimme recht vorzüglich zügelte, oder an die gern unterschätzten drei Senatoren, aus deren Mitte wenigstens Karlheinz Löber genannt sei.

Könnte sich außerdem jemand beklagen? Ja, nämlich der Chor, weil er an dieser ausgezeichneten Ensembleleistung wesentlichen Teil hat und nicht nur so feinsinnig dem Dirigenten, sondern auch sehr präzise den Regieanordnungen folgt. Als der Vorhang zum letzten Male fiel, hatte man während drei Stunden zwar schon viel gelacht und geklatscht, und doch gab es noch einen so lärmhaften Schlusssatz, wie ihn nach so viel Jahrzehnten seines Bühnenlebens das Stück zweifellos selten errungen hat. Aber wir sagten es gleich zu Anfang: Es gilt eben, die Konjunktur abzuwarten, und hier scheint der richtige Moment für eine Neurechtung getroffen und zudem auch in puncto Publikumszustand eine zeitgemäße Aufregung des guten Wiener Singspieltuns gefunden. S. Sch.

Aus der Wahlbewegung

Der badische Staatspräsident im Bienenland

Der badische Staatspräsident Dr. Schmitt sprach in einer Zentrumsumgebung in Schönau i. B.

Die jetzige Reichsregierung, so führte er aus, proklamiere Unabhängigkeit der Staatsführung, sie selbst sei aber von einem kleinen anonymen Kreis abhängig, sie wende sich gegen die Parteien, werde aber selbst von der Deutschnationalen Volkspartei getragen. Das Volk müsse instand gesetzt sein, Mißbräuche in der Anwendung von Notverordnungen zu verhindern. Nachdem der Staatspräsident die letzte Reichstagsauflösung einer staatsrechtlichen Kritik unterzogen hatte, setzte er sich mit dem sogenannten Papen-Plan auseinander. Zu begrüßen sei der richtige Zeitpunkt des Anfordungsprogramms. Die 700 Millionen Reichsmark Einstellungsprämien würden sich partiell für Unternehmer und Arbeiter auswirken. Die 1500 Millionen Steuerzuschüsse seien dagegen einseitig ein Geschenk für die Unternehmer. Vollständig abzulehnen sei die sozialpolitische Ermächtigung der Reichsregierung, da sie in unsozialer Weise gebraucht werden könne.

Sehr bedenklich sei auch die Kontingentierungspolitik für Agrarprodukte. Dr. Schmitt wies in diesem Zusammenhang nach, daß ein Rückgang der Ausfuhr infolge dadurch bedingter Erhöhung der Arbeitslosenlohn und Senkung der inländischen Kaufkraft der Landwirtschaft mehr schade als ihr ein durch Kontingentierungsmaßnahmen erreichtes Ansehen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nützen könne. Das Ziel, daß Deutschland sich selbst ernähren solle, könne nicht durch Kontingentierung erreicht werden, sondern nur durch die Selbstdisziplin der Verbraucher.

Zum Schluß ging der Staatspräsident noch auf die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ein. Ziel dieser Verhandlungen sei nicht eine Koalition, sondern ein Schutzverbot zur Wahrung der Volksrechte gewesen. Das Zentrum wolle eine Front Nationalsozialisten-Kommunisten verhindern. Die positiven Einigungspunkte lagen auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung.

Gregor Strasser in Karlsruhe

Vor über 4000 Personen sprach am Mittwochabend in der wegen Überfüllung vorzeitig geschlossenen Karlsruher Festhalle in einer Wahlversammlung der NSDAP, Gregor Strasser: Der Kanzler regiere heute ohne einen starken Hintergrund, ohne eine Resonanz im Volke zu besitzen, und auch ohne Kenntnis der Volkspolizei. Infolge seiner Wehrmacht müsse dem ganzen Volke gehören, nicht einer kleinen Schicht, und sie dürfe niemals politisiert werden. Es sei eine Lüge, wenn behauptet werde, die NSDAP habe am 13. August die ganze Nacht verlangt. Die NSDAP habe die Befehle von verschiedenen wichtigen Ministerien mit Hadleuten gebilligt, aber das Mindeste ihrer Forderungen sei das Kanzleramt, der Größe der Partei entsprechend, gewesen. Eine Vereinfachung der gegenwärtigen Notlage sei nur durch Arbeitsbeschaffung möglich. Eine Regierung, die das nicht erziele, habe sofort abzutreten. Die Arbeitspflicht sei die Voraussetzung eines gefunden Staates, ebenso wie die Schul- und die Wehrpflicht. Die Kaufkraft des deutschen Volkes müsse wieder gehoben werden, das Volk müsse vor allem zum Gebrauch deutscher Waren erzo-gen werden. Die Regierung von Papen hätte besser daran getan, die für die Banken angewandeten Gelder durch Lohngestaltungen an die Arbeiter zu verwenden. Am Schluß seiner Ausführungen richtete der Redner eine ernste Mahnung an die Versammlung, vor allem die Jugend in nationalem Sinne zu erziehen.

Dingeldey in Karlsruhe

Die Deutsche Volkspartei hielt am Dienstagabend im Konzerthaus in Karlsruhe eine Wahlversammlung ab. Dabei sprach der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dr. Dingeldey:

Außenpolitisch müßten wir uns doch klar machen, daß die blutige Zerrissenheit und Selbsterleischung, so wie sie jetzt bei uns leider vorhanden sind, dem Verhältnis zum Auslande nicht dienlich sind. Der Redner setzte sich dann eingehend mit dem Nationalsozialismus auseinander. Das Programm des Reichskanzlers, mit dem der Redner zum größten Teil einig geht, bedeute einen Appell an die Schaffensfreude eines jeden einzelnen, es bedeute vor allem die Erkenntnis, daß eine starke Lastenentlastung die Grundbedingung für die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft sei. Letzten Endes sei das Programm auf der Autorität des Reichspräsidenten gestützt. Mit dem Weimarer System, so führte Dingeldey weiter aus, könne der Ausweg aus der gegenwärtigen Lage nicht gefunden werden. Es müsse eine Wahlreform angehtret werden, insbesondere müsse das Wahlalter auf 25 Jahre heraufgesetzt werden. Bevor man jedoch an Reformmaßnahmen denke, müsse der Staat erst einmal in sich fest werden.

Im Rundfunk:

„Die ägyptische Helena“

Nach verschiedenen Übertragungen aus dem hiesigen Senderaum dürfte das Badische Landestheater gestern Abend wohl zum erstenmal aus seinem eigenen Haus eine Oper gesendet haben. Dazu war „Die ägyptische Helena“, von Richard Strauß, immerhin kein schlechter Aufsat, da sie zweifellos auch den Radiohörern draußen die volle Leistungsfähigkeit unseres Instituts erweisen konnte. Allerdings litt der nur aus dem Apparat etwa gewonnene Eindruck erheblich darunter, daß zugunsten der Sänger der instrumentale Anteil etwas arg vernachlässigt wurde. Das soll nun eigentlich keine Herabsetzung der Leistungen der Solisten bedeuten; daß sie sich gegen die Konzulte des Orchesters stets behaupten müssen, ist auch eine Forderung im Theaterraum selbst, aber diese dürfte bei einer Übertragung nicht soweit berücksichtigt werden, daß von der erwünschten Plastik gegenüber dem Begleittorpeur kaum etwas übrig bleibt. Daher konnte wohl niemand ohne genaue Kenntnis der Partitur oder zumindest ohne Zuhilfenahme eines Klavierauszuges Klänge Einzelheiten verstehen, nicht nur weil das Orchester überaus farblos und dünn wirkte, sondern weil sogar Partien, in denen es sinfonisch hervortreten hätte, vollkommen unendlich und flach blieben. Natürlich vermochten mehr noch als bei der Erstaufführung, die wir schon ein „Fest der Stimmen“ nannten, die beteiligten Gesangskräfte ein erwartungsvolles Radio-Auditorium zu befriedigen, wobei es übrigens sehr angenehm auffiel, daß sämtliche Stimmen absolut klar und verständlich durchkamen. Gerade vor dem empfindlichen Mikrophon dünkt das eine sehr wichtige und für die hier zur Zeit obwaltende Gesangskultur äußerst günstige Feststellung. Abgesehen konnte auch der kritischste Zuhörer, der aufmerksam zugleich mitlas, zu seiner eigenen Befriedigung konstataieren, daß kaum eine der mitunter sehr schwierigen Gesangsnoten unter den Tisch fiel, ja, daß nicht minder der Text sowohl von Hine Reich-Drich wie von Theo Strad und besonders von Ellen Winter, der vielleicht rundfunkgeeignetsten von allen, durchaus sauber gebracht wurde. Wenn also auch der Übertragung aus dem erwähnten, aber hoffentlich nächstem, so dürfte sie zumindest gezeigt haben, daß Karlsruhe neben anderen deutschen Opernensembles recht gut bestehen kann und dementsprechend künftig stärker berücksichtigt werden sollte. S. Sch.

Zum Schluß bekämpfte sich der Redner mit dem Begriff des Liberalismus, der nie untergehen werde, solange das deutsche Volk existiere. Unser Staat müsse eine Gemeinschaft der vielgestaltigen Kräfte sein; Freiheit des Gewissens, das sei es, an dem wir Deutschen festhalten müßten, wenn wir nicht verloren gehen wollten. Der Staat könne nicht gesund sein, die Wirtschaft nicht zur Ordnung und das Volk nicht zur Freiheit gelangen, wenn wir nicht das Wesen der Freiheit der Entartungserscheinung entleiden, die es angenommen habe, im Laufe der demokratischen Verfassung von Weimar.

Wahlkündigung der Deutschnationalen in Karlsruhe
In einer Wahlerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei im „Eintracht“-Saale sprach der Vizepräsident des Reichstags, Dr. Graef.

Die Außenpolitik sei Deutschlands Schicksal. Zuerst müsse Deutschland seine Freiheit und die Wehrhoheit wieder haben. Die Deutschnationalen gingen unter dem Motto: „Wieder mit den Parteien, hoch die Staatsautorität“ in den Wahlkampf. Die Nationalsozialisten seien orthodox in ihrem Nachstreben gewesen und darüber getollt. Die Treue von Harzburg sei wie eine Seifenblase zerflohen. Eine schwarz-braune Mehrheit wäre das größte Unglück Deutschlands. Bei aller Kritik im einzelnen habe das Wirtschaftsprogramm Rupens doch zum ersten Male ein Gefühl des Vertrauens geweckt. Die Deutschnationalen erstrebten ein Reich, das nicht zu trennen sei von den zwei Begriffen: Schwarz-Weiß-Rot und Kaiserkrone (Starker Fall).

Keine Änderung der Kontingentpolitik. In einer politischen Zeitschrift wird behauptet, daß die Reichsregierung auf Grund des Zwischenberichts der „Kommission“ zu der Überzeugung gelangt sei, daß die Kontingentierungsmaßnahmen nicht in dem geplanten Umfang durchgeführt werden könnten. Von zuständiger Stelle wird demgegenüber erklärt, daß die Kontingentierungsmaßnahmen so, wie angekündigt, weiter durchgeführt werden. — Die deutsche Delegation für die Kontingentierungsmaßnahmen ist in Kopenhagen eingetroffen.

Der Stahlhelm gegen den Prinzen August Wilhelm. Die Reichspressestelle des Stahlhelms veröffentlicht eine sensationelle, scharfe Erklärung gegen den Prinzen August Wilhelm von Preußen, in der es u. a. heißt, daß der Prinz während des Krieges und noch danach bis 1927 „eine bemerkenswerte Zurückhaltung“ beobachtet habe.

Badischer Teil

Verwarnung des Schwarzwälder Tagblattes

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Die in Furmungen erscheinende Tageszeitung „Schwarzwälder Tagblatt“ brachte in Nummer 246 vom 22. Oktober 1932 unter der Überschrift „Wieder verurteilt“ über ein Urteil des Amtsgerichts Engen, durch das der Schriftleiter des „Schwarzwälder Tagblattes“ zu 60 M. Geldstrafe verurteilt worden war, u. a. folgende Ausführungen:

„Der den Ankläger vertretende jugendliche Richter kam zu einer Verurteilung unseres Schriftleiters und distanzierte 60 M. zusätzlich Kosten. Wahrung berechtigter Interessen wurde nicht (!) angeklagt.“

„Gibt es denn überhaupt noch eine Gerechtigkeit? — In Zentralafrika und Honolulu vielleicht! In Deutschland wird die Sonne der Gerechtigkeit erst wieder beim Anbruch des Dritten Reiches scheinen!“

Solange braucht der Nationalsozialist gar nicht daran denken, daß ihm Gerechtigkeit widerfahren würde.“

Diese Ausführungen enthalten den offenen Vorwurf, daß in Strafverfahren gegen Mitglieder der NSDAP. nach Willkür verfahren und nicht Gerechtigkeit geübt werde. Der Vorwurf trifft nicht nur den Strafrichter des Amtsgerichts Engen, sondern mit Rücksicht auf die Verallgemeinerung des erhobenen Vorwurfs gleichzeitig auch die gesamte badische Justiz. Daß die erwähnten Ausführungen des „Schwarzwälder Tagblattes“ den Eindruck größter Mißachtung hervorzurufen geeignet sind und somit eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung darstellen, bedarf keiner weiteren Darlegung.

Der Verleger der Zeitung wurde daher gemäß § 6 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 gegen politische Ausschreitungen, sowie § 3 der ersten Verordnung der Reichsregierung zur Durchführung der Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 17. Juni 1932 verwarnt und darauf hingewiesen, daß im Wiederholungsfall auf Grund dieser Vorschriften ein Verbot ausgesprochen werden wird.

Um das Konkordat

Wie mitgeteilt, haben der Parteiausschuß und die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei einstimmig in einer Entschließung beschlossen, den von der Regierung in Aussicht genommenen Konkordaten die Zustimmung zu verweigern.

Zu schreibt die „Badische Zentrumskorrespondenz“ u. a.: „Diese Stellungnahme würde weit über das badische Land hinaus berechtigtes Aufsehen erregen. Das Verhalten der badischen Sozialdemokratie müsse aber auch deswegen übersehen werden, weil die preussische Sozialdemokratie den Konkordaten zugestimmt habe, aber dort habe eben schließlich unter Führung von Braun und Seevering die staatspolitische Erwägung über die Wahlpolitik gesiegt. „Die Sozialdemokratie“, so heißt es dann wörtlich weiter, „muß sich selbst klar werden darüber, was sie will. Was das Zentrum will und was es tun muß, wenn ein Antikonkordatssturm die Ratifizierung vor dem Land verhindert, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Das ist mehr wie selbstverständlich. Das Zentrum wartet in aller Ruhe ab, wie die Verhandlungen im Badischen Landtag laufen werden, insbesondere, wie dort die Stellungnahme der Sozialdemokratie und die Begründung ihrer Haltung sein wird. Es wird seinen Weg der Pflicht gehen und am Ende der Verhandlungen sich die politische Lage ansehen, um daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Noch ist das Konkordat nicht zu Fall gebracht und gewisse kulturpolitische Querstreiche jubeln vielleicht zu früh. Wir glauben jedenfalls zu dieser Auffassung berechtigt zu sein und glauben auch zu wissen, daß deswegen von der badischen Zentrumsfraktion noch keinerlei Überlegungen angestellt werden, ob und welche Konsequenzen aus dem Beschluß der Sozialdemokratischen Partei zu ziehen sind. Diese Überlegungen werden zu gegebener Zeit angestellt werden.“

Lebensrettung
Das Staatsministerium hat mit Entschiedenheit vom 17. Oktober 1932 Nr. 12570 dem Schloffer Ernst Weis in Mannheim die badische Rettungsmedaille verliehen.

Der Weg aus der Krise

Gedanken zum diesjährigen Weltspartag

Der diesjährige Weltspartag am 29. Oktober fällt in eine nicht minder schwere Zeit als schon der vorige. In einer Hinsicht aber haben sich die Dinge doch wesentlich geändert: die Zuversicht der Menschen in die wirtschaftliche Entwicklung ist wieder gestiegen. Diese Zuversicht selbst ist von größter wirtschaftlicher Bedeutung, denn die Wirtschaft wird ja von den Menschen bestimmt, von Menschen mit Stimmungen und Ansichten. Die Hoffnung auf wirtschaftlichen Wiederaufstieg ist auch sachlich begründet: überall in der Welt ist die Nachfrage nach Rohstoffen gestiegen, die Lager sind ziemlich geleert, erheblicher Bedarf ist vorhanden.

Auch bei den Spartassen hat sich die allgemeine Zuversicht und Hoffnung auf Wirtschaftsaufstieg bereits deutlich ausgedrückt. Zum erstenmal seit mehr als einem Jahr haben sich im August die Einzahlungen und Abhebungen von Sparsparlagen bei den Spartassen ausgeglichen, und diese erfreuliche Entwicklung hat seitdem angehalten. Hierin liegt ein Beweis, daß auch in solchen Spartenkreisen, die bisher aus Angst ihr Geld unnötig zurückhielten, das Vertrauen wiederkehrt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Vorsparnisse unnötig waren, und daß die bewährten Sparmethoden dem Damieren und der Selbstanlage von Geld vorzuziehen ist. Die Spartassen mit ihren mehr als 19 Millionen Sparsparkunden (fast jeder dritte Deutsche ist bekanntlich Sparspar bei einer öffentlichen Spartasse) sind eine Angelegenheit des ganzen Volkes, und bei ihnen spiegelt sich daher am deutlichsten die Auffassung unseres Volkes wieder. Man kann also mit Recht sagen, daß vermehrte Einzahlungen und erhöhte Einzahlungen bei den öffentlichen Spartassen ein gutes wirtschaftliches Vorzeichen sind.

Gerade wegen ihrer engen Verbindung mit den breiten Schichten unseres Volkes haben die Spartassen natürlich eine besonders hohe Verantwortung für die Sparer. Darum haben sie sich immer bei den Behörden und in der Öffentlichkeit gegen alle Währungs- und Wirtschaftsexperimente eingesetzt. Die Verantwortung, die die Spartassen als Sammelflächen des heimischen Spargeldes haben, gebietet ihnen auch, sich immer wieder für den Spargedanken in der Öffentlichkeit einzusetzen. Es ist der Zweck gerade auch des diesjährigen Weltspartags, einen jeden auf die hohe sittliche und wirtschaftliche Bedeutung des Sparens hinzuweisen. Das Sparen im weitesten Sinne ist der natürliche Weg, der allein uns aus der wirtschaftlichen Krise herausführen kann. Die Krise überwinden, das heißt Arbeit schaffen. Gewaltige finanzielle Mittel sind notwendig; jede Mark, jeder Pfennig kann zur Arbeitsbeschaffung beitragen, wenn er bei den Sparsparinstituten eingezahlt wird, so daß er von diesen als Kredit in die Wirtschaft geleitet werden kann. Arbeit und Sparen fördern sich gegenseitig, sie sind die Existenzgrundlagen eines jeden einzelnen, wie des ganzen Volkes.

Die Schlägerei im Landtag vor Gericht

Landtagsabgeordneter Kraft zweimal verurteilt

Unter der Anklage wegen Körperverletzung und tätlicher Beleidigung stand am Mittwoch der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Herbert Kraft aus Mannheim vor dem Schöffengericht Karlsruhe.

Gegenstand der Verhandlung bildeten Vorfälle, die sich am 16. und 17. Februar im Landtag abspielten und die in eine Prügelei zwischen dem Angeklagten und dem Zentrumsabgeordneten Hilbert ausarteten. Der Abg. Hilbert hatte in einem Zwischenruf Hilbert als Deserteur bezeichnet. Daraus war ihm von den Nationalsozialisten mit „Schweine“ und „Charakterlump“ geantwortet worden. Am Schluß der Sitzung vom 17. Februar nahm Hilbert in einer persönlichen Bemerkung zu diesen Zwischenfällen Stellung. Es kam dabei zu einem erneuten Zusammenstoß, wobei die genannten Beleidigungen wiederholt wurden. Dabei nannte Abg. Hilbert den Abg. Kraft „enfant terrible“ und erklärte, er billige ihm den Paragraphen 51 zu. Kraft begab sich darauf an den Abg. Hilbert und gab ihm eine Ohrfeige. Darauf versetzte ihm Hilbert einen Stoß, beide Abgeordnete stürzten zu Boden und gerieten in ein Handgemenge.

Über den Verlauf des unruhlichen Schauspielens wurden am Mittwoch neun Abgeordnete sowie zwei weitere Zeugen vernommen. Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen Kraft wegen tätlicher Beleidigung und Körperverletzung eine Geldstrafe von 800 M. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Krauß, trat für Freisprechung ein, da es sich um gegenseitige Beleidigung handelte. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten Kraft zu 100 M. Geldstrafe.

In einem weiteren Fall hatte sich Kraft wegen Beleidigung des Badischen Landtags zu verantworten. Er hatte Anfang April in einer nationalsozialistischen Wahlversammlung in der Festhalle erklärt, die Nationalsozialisten seien seit ihrem Einzug im Landtag zu der Überzeugung gelangt, daß der Landtag nichts anderes als ein polizeilich genehmigter Unfug sei. Wegen Beleidigung nach Paragraphen 185, 197 und 200 verurteilte das Schöffengericht Kraft zu 50 M. Geldstrafe. Dem Landtagspräsidenten wurde die Refugis zugesprochen, das Urteil in der „Karlsruher Zeitung“ zu veröffentlichen.

Kein Weiterbau des Rhein-Seitenkanals

Bericht zugunsten eines großen Rhône-Projektes

Die Aktien des erst vor 14 Tagen eingeweihten Kemmer Kraftwerkes haben in den letzten Tagen an der Pariser Börse einen erheblichen Kurssturz erfahren, so daß die Notierungen vielfach ausgefegt wurden. Im Zusammenhang mit dieser erfolgreicheren Erscheinung wird auf die dieser Tage erfolgte Gründung der Compagnie Nationale du Rhône verwiesen, die mit einem Aktienkapital von 240 Millionen Franken den sofortigen Ausbau der Rhône als Kraftquelle und Großschiffahrtsweg in Angriff nehmen will und an der neben den südfranzösischen Eisenbahngesellschaften auch große Pariser Elektrizitätsgesellschaften mit rund 25 v. H. beteiligt sind. Mit dem ersten Bauabschnitt bei einem Kostenaufwand von rund 24 Milliarden Franken, der eine Produktionsbasis von 150 Kilowattstunden liefern soll, wird sofort begonnen werden.

Aus Rom wird dazu berichtet: Mit der Inangriffnahme des Rhône-Projektes, das nach seiner Vollendung eine Kapazität von 560 000 Kilowattstunden ergeben würde, dürfte aber das Schicksal des elsässischen Rhein-Seitenkanals endgültig entschieden sein, zumal auch in der letzten Zeit vielfach gewichtige strategische Gründe gegen seinen Ausbau geltend gemacht wurden. In diesem Zusammenhang muß auf die feinerzeitige Kammererklärung des Unterstaatssekretärs Margaine auf eine Anfrage des elsässischen Senators, General Girschauer, verwiesen werden, daß zur Zeit kein Geld für den weiteren Ausbau des Rhein-Seitenkanals vorhanden sei, eine Auskunft, die der Arbeitsminister Daladier erst dieser Tage vor einer lothringischen Bürgermeisterversammlung bekräftigt hat. In der Zwischenzeit dürfte die erste Baustufe des Rhône-Projektes bereits vollendet sein. Was das Kemmer Kraftwerk angeht, so wird seine Rentabilität durch die Einleitung des Kanalbaues nicht unmittelbar beeinträchtigt, wenn auch die Gesteinskosten pro Kilowattstunde sich erheblich erhöhen werden.

Aus den Parteien

Auf einer Tagung des Industrie- und Handelsausschusses der Deutschen Volkspartei in Mannheim, die sehr zahlreich besucht war, hatte das Hauptreferat Finanzminister Dr. Mattes übernommen. Der Redner anerkannte grundsätzlich das wirtschaftliche, staatsrechtliche und geistige Reformprogramm der Regierung. Er lehnte dagegen die Kontingentpolitik und vor allem die unter dem Einfluß der Deutschnationalen entstandene einseitige Agrarpolitik zugunsten des Ostens, sowie staatsrechtliche Reformen in Richtung auf eine Wiederherstellung der Monarchie und der Stärkung partikularistischer Länderinteressen ab. — Die Stellungnahme des Ausschusses kann dahingehend zusammengefaßt werden, daß in dem Kampf zwischen der Reichsregierung und den oppositionellen Parteien die Regierung mit allen Kräften unterstützt werden müßte, da von dem Erfolg und der Sicherung ihrer Arbeit die Wirtschaftsbelebung und damit die Überwindung der Arbeitslosigkeit entscheidend abhängt.

Vom Redarkanal

In diesen Tagen fassen die Amtskörperschaften der Bezirke Redarfulm und Heilbronn entscheidende Beschlüsse über den Bau der Staustufe Gundelsheim des Redarkanals. Inzwischen ist an der Staustufe Girschhorn die mit dem Staustwehr verbundene Brücke so ziemlich fertiggestellt. Soeben wird mit dem Einbau der letzten Balge begonnen.

Tagungen

Der Badische Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge hielt seine diesjährige Landesversammlung in Mannheim ab. Der Vorsitzende, Oberregierungsrat Dr. Gsch, begrüßte die Vertreter der Behörden usw. Vor 13 Jahren tagte der Landesverband das letzte Mal in Mannheim. Landeskommissar Dr. Scheffele, Mannheim, überbrachte die Wünsche des Landesjugendamts und der Staatsverwaltung. Er erinnerte besonders an die aufopfernde Tätigkeit der Fürsorgereinen. Oberbürgermeister Dr. Heimerich lud die Teilnehmer an der Tagung zu einer Besichtigung der sozialen Einrichtungen der Stadt ein; die Stadt wird versuchen, diese Einrichtungen trotz der Notzeit zu erhalten. Die Geschäftsführerin des Verbandes, Fräulein Erta Schwoerer, erinnerte an die Sparmaßnahmen und Notprogramme, die den beiden zurückliegenden Berichtsjahren ihren Stempel aufdrückten. Auf der einen Seite beeinträchtigten die fürsorgereischen Maßnahmen die Aufbaubestrebungen in allen Gattis, auf der anderen Seite wurde die Wirksamkeit durch die allgemeine Not eingeschränkt. Die Zunahme der Säuglingssterblichkeit zwingt dazu, der körperlichen und seelischen Erleichterung des Kleinsten besondere Sorgfalt zuzuwenden. Die Anzeichen dafür, daß Kinderkrankheiten, die man schon im Aussterben glaubte, wieder zunehmen, mehrten sich. Die Notverordnungen, die eine Einschränkung der Leistungen der Krankentassen brachten, haben bisher die Mütterfürsorge und Wochenhilfe unangefastet gelassen. Neben der Vorbeugung widmet sich der Landesverband der hygienischen Volksbelehrung in besonderem Maße, 62 Belehrungstourneen wurden von 5215 Besuchern, 88 Einzelberatungen von 1625 Personen besucht. Dazu kamen Führungen und Beratungen, Versammlungen der Fürsorgeverbände und Kurse, die von Wanderlehrerinnen abgehalten wurden. In der Pflegereinschule des vom Badischen Landesverband betriebenen Kinderkrankenhauses in Karlsruhe wurden 89 Schülerinnen zur staatlichen Prüfung vorbereitet, 2963 Kindern wurde häusliche Behandlung zuteil. Nach einem Vortrag von Professor Dr. Erwin Baur, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Röntgenforschung in Würzburg, über das Thema: „Wie läßt sich die fortschreitende Degeneration der Kulturvölker aufhalten?“, referierte Professor Dr. Franz Luft, der Direktor des Kinderkrankenhauses Karlsruhe über das Thema: „Schutzimpfungen als vorbeugende Maßnahmen gegen die ansteckenden Krankheiten.“

Der Badische Waldbesitzerverband hielt in Müllheim unter der Leitung von Bürgermeister Dämmerte eine Tagung ab. Vorsitzend Frey schilderte die allgemeine Lage auf dem Holzmarkt in wirtschafts- und handelspolitischen Hinsicht. Er hob insbesondere den durch lange Arbeit der Spitzenorganisationen erreichten besseren Schutz nach außen hervor, sprach über Holzschlag und Preisgestaltung und die Bemühungen des Verbandes auf diesem Gebiete. Die Arbeit des Verbandes werde fortgesetzt und vor allen Dingen erreicht werden, daß der Frachttarif der Bahn gesenkt wird, denn dieser stehe in keinem Verhältnis zum Wert der abgesetzten Ware. Im Anschluß an diese Ausführungen wurde in eine allgemeine Aussprache eingetreten, die sich auf den Holzabsatz in der südwestdeutschen Grenzede bezog. So wie die Verhältnisse heute liegen, sei mit einer Ausfuhr größerer Mengen Holz nach Frankreich nicht zu rechnen. Die Ausfuhr nach der Schweiz sei eher möglich, aber übertriebene Hoffnungen dürfe man sich nicht hingeben.

Aus der Landeshauptstadt

Gartenbau und „Deutsche Woche“. Die Gartenbaubetriebe von Karlsruhe und Umgebung haben sich bereit gefunden, bei der in der Zeit vom 29. Oktober bis 6. November in den Räumen der Städtischen Ausstellungshalle stattfindenden großen Ausstellung „Deutsche Woche“ mitzuwirken. Im Hinblick auf die besondere Notlage des Erwerbsgartenbaues bedeutet diese Beteiligung ein großes Opfer, das der Gartenbau im Interesse der Gemeinschaftswerbung für deutsche Erzeugnisse in selbstloser Weise auf sich genommen hat. Die gärtnerische Ausstellung wird der gesamten Schau einen guten Rahmen geben. Darüber hinaus wird sie auch beweisen, daß der heimische Gartenbau eine außerordentliche Leistungsfähigkeit besitzt. Mögen es Gemüse oder Blumen aller Art sein, zu jeder Jahreszeit sucht der Gartenbau dem vorhandenen Bedarf mit einheimischen Erzeugnissen gerecht zu werden.

Letzte Fahrgelegenheiten mit der Reichsbahn ab Karlsruhe an Allerheiligen 1932. Zur Bewältigung des an Allerheiligen infolge der Verlängerung der Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten zu erwartenden stärkeren Verkehrs sind die Rückfahrgelegenheiten am Abend des 1. November ab Karlsruhe erweitert. Es verkehren folgende Personenzüge mit Halt auf allen Bahnhöfen: Strecke Karlsruhe—Offenburg über Ettlingen: Karlsruhe ab 23.03, Offenburg an 1.06. Strecke Karlsruhe—Bruchsal: Karlsruhe ab 23.30, Bruchsal an 23.59. Strecke Graben-Neudorf über Blantenloch: Karlsruhe ab 23.50, Graben-Neudorf an 23.25. Strecke Graben-Neudorf über Eggenstein: Karlsruhe ab 22.03, Graben-Neudorf an 22.44. Strecke Karlsruhe—Eppingen: Karlsruhe ab 22.54, Eppingen an 0.22. Strecke Karlsruhe—Forstheim—Mühlacker: Karlsruhe ab 23.00, Mühlacker an 1.07. Strecke Karlsruhe—Gernsbach über Durmersheim—Raftatt: Karlsruhe ab 23.05, Gernsbach an 0.03.

Über „einschneidende Sparmaßnahmen beim Landestheater“ wurde vor einigen Tagen in hiesigen Blättern berichtet. Von zuständiger Seite wird hierzu mitgeteilt, daß die Darstellung auf einem Jertum beruht. Es handele sich nicht um neue Sparmaßnahmen, sondern nur um solche, die bereits im Herbst vorigen Jahres durchgeführt worden sind.

Schwarzwaldbahn werden von der Polizei kontrolliert. In den letzten Tagen wurden auf der Straße Karlsruhe-Gerrensbach und auf der Murgalstraße überraschende Kontrollen durch Gendarmepatrouillen vorgenommen. Bei zwei Kontrollen wurden 56 Radfahrer ohne Rückstrahler angehalten, die zum Teil mit 1 RM. gebührenpflichtig verwarnt wurden oder ein Strafmandat über 3 RM. erhielten. Auch über ein Dutzend Kraftwagen wurden ermittelt, deren Führer ungenügende Ausweise, keinen Führerschein usw., hatten.

Schwaffer bei Karlsruhe. Infolge der starken Regenfälle trat südlich von Müppur die Ab über ihre Ufer, überschwemmte die Vorgärten und drang in die Keller ein. Die Berufsfeuerwehr hatte mehrere Stunden Arbeit, um das Wasser wieder aus den Kellern herauszupumpen. Die Höhe des Schadens steht noch nicht fest.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstagmorgen: Die Wetterlage hat sich noch nicht geändert. Wir behalten deshalb die ozeanische Luftzufuhr. — Voraussage: Fortdauer der unbeständigen Witterung, etwas kühler, auf dem Hochschwarzwald Niederschläge wieder in Schnee übergehend.

Wassersünde: Waldshut 202 plus 32, Basel 79 plus 7, Rehl 274 plus 24, Murgau 448 plus 25, Mannheim 313 plus 28, Caub 232 plus 24.

Gemeinderundschau Die Bürgersteuer in Baden

Der Einspruch des Stadtrats Weinheim gegen die vom Oberbürgermeister angeordnete 500prozentige Bürgersteuer ist durch den Landeskommissar in Mannheim als unbegründet abgelehnt worden.

In Lauenburg hat, nachdem der Gemeinderat eine Erhöhung der Bürgersteuer auf das fünffache des Landesfußes abgelehnt hat, das Bezirksamt nun ihre Erhebung ab 1. Januar 1933 angeordnet.

In Vietigheim (Amt Kastatt) ist auf staatsaufsichtlichen Wege die fünffache Bürgersteuer festgesetzt worden. Der Vorschlag, der durch den Gemeinderat abgelehnt und vom Bürgermeister eingeklagt in Kraft gesetzt wurde, weist einen ungegedeckten Aufwand von 109 000 RM. auf.

Nachdem in Zell i. B. die fünffache Bürgersteuer für 1933 durch den Gemeinderat und auch vom Bürgermeisterstellvertreter abgelehnt worden war, wurde sie vom Bezirksamt angeordnet.

Sie wollen lieber betteln als zum Freiwilligen Arbeitsdienst

Einer Zuschrift des Stadt. Fürsorgeamts Freiburg i. Br. entnehmen wir: Auch in der Stadt Freiburg i. Br. sind Arbeitsdienste eingerichtet worden. Man sollte nun meinen, daß alle Jugendlichen, langfristig Arbeitslosen (zwischen 18 und 25 Jahren) sich zum „Freiwilligen Arbeitsdienst“ drängen würden. Für zwei Arbeiten in der Nähe der Stadt waren 55 jugendliche Fürsorgeempfänger, denen ein Anspruch auf reichsrechtliche Arbeitslosenunterstützung nicht zuzustand, auf das Arbeitsamt bestellt und zur Arbeitsaufnahme aufgefordert worden. Von diesen 55 jungen Leuten haben nur 19 die Arbeit angetreten, die übrigen 36 haben die Arbeit direkt abgelehnt oder nicht angenommen. Die Ungehörigen meinen: „Sie gingen lieber betteln, als für wöchentlich 7,20 RM. zu arbeiten“.

Es sei bemerkt, daß in dem einen Lager zu dieser Verbergrütung noch ein neuer Arbeitsanzug und neue Stiefel, sowie täglich eine gute Mahlzeit, in dem anderen Arbeitslager der volleren Verpflegung usw. eine Vergütung von wöchentlich 2,50 RM. gegeben wird. Selbstverständlich hat das Städtische Fürsorgeamt sofort die Unterfütterung eingestellt. Das Publikum kann sich vor ungerechtfertigter Ausbeutung durch solche arbeitscheuere Elemente nur schützen, wenn es bei Verabreichung von Unterfütterung an Welter sich vorher vergewißert, daß es wirklich bedürftige und der Unterfütterung würdige Menschen vor sich hat.

Alle Wanderer besitzen heute grüne Wanderbücher, in denen die Wandererherbergen täglich ihre Tagesstempel anbringen. Aus diesen Tagesstempeln kann die Wandererorganisation leicht erfahren werden. Wer in Freiburg wohnt und vom Arbeitsamt oder Fürsorgeamt unterstützt wird und wer regelmäßig beim Arbeitsamt um Arbeit sich bemüht, hat eine gelbe Stempelparte, in der jeder Tag der Arbeitsuche eingestempelt ist. (Ähnlich ist es auch in anderen Orten.) Es gibt keinen wirklich Bedürftigen, der ohne Ausweis ist. Man kann daher jedem nur empfehlen, daß er sich, bevor er gibt, den Ausweis zeigen läßt.

Freiwilliger Arbeitsdienst in Schwetzingen. Der Stadtverwaltungen ist es durch längere Verhandlung gelungen, von der Besitzerin des Grundstückes der früheren Kunstschießplatzanlage auf 20-jährige kostenlose Nutzung des früher überbauten Teiles des Grundstückes zu erhalten. Diese Fläche, etwa 25 000 Quadratmeter groß, soll im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes urbar gemacht und in etwa 50 Kleingärten aufgeteilt werden. Das auf 5400 Tagewerke veranschlagte Projekt kann 60 Arbeitsdienstwillige bei 36stündiger Arbeit etwa 20 Wochen Beschäftigung geben. Die 6000 RM., die das Projekt etwa erfordert, sollen durch Einsparungen bei anderen vorgesehenen Fürsorgearbeiten gedeckt werden, während zur Finanzierung der geplanten 50 Kleingärten — 75 RM. pro Garten — Darlehensmittel aufgenommen werden sollen, die das Reich zinslos zur Verfügung stellt.

Der Bürgerausschuss Freiburg genehmigte gegen die Kommunisten eine Vorlage, die den Umbau des verfallenen städt. Schlacht- und Viehhofs zu einer allen modernen Erfordernissen entsprechenden Anlage vorsieht. Das Projekt, über das wir bereits kurz berichteten, erfordert einen Kostenaufwand von rund 1/2 Million Reichsmark und soll in einem Zeitraum von 2 Jahren durchgeführt werden. Bei der Vergabung der Arbeiten sollen in weitestem Umfang einheimische Firmen berücksichtigt werden. Ferner stimmte der Bürgerausschuss einstimmig der Errichtung eines neuen Schulhauses im Stadtteil Bebenhäusen zu. Ferner wurde nach langer Debatte beschlossen, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Wohlfahrtsbeschäftigte im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes 25 000 RM. zur Verfügung zu stellen.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt Donaueschingen. Der Hauptpunkt der letzten Bürgerausschuss-Sitzung in Donaueschingen war die Arbeitsbeschaffung durch Entwässerung des Donauesches nach den Plänen des staatlichen Kulturbauamts. Durch diese Arbeit dürften etwa 70 Arbeitsdienstwillige in einem sogenannten offenen Lager für 2 Jahre Arbeit finden. Das Reich hat einen Zuschuß von 54 000 RM. zugesichert. 11 000 RM. haben die Gemeinden Donaueschingen, Pödingen, Sickingen und Allmershofen beizutragen. Über diesen Punkt entspann sich eine ausgedehnte Debatte. Schließlich wurde die Vorlage mit 51 gegen 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

tariffenkung, die sich lohnt. Die zwischen Konstanz und Meersburg laufende Autofähre der Stadt Konstanz, an und für sich schon ein gesundes Unternehmen, hat im August eine Tariffenkung durchgeführt, die sich alsbald auf den Verkehr günstig auswirkte. Im September hat die Benutzung der Fähre infolge dieser Verbilligung so zugenommen, daß die Zahlen des September 1931 um ein Drittel überschritten wurden. Der September 1932 hatte 73 400 Beförderungen, gegen 56 000 im Vorjahr, davon sind Kraftwagen allein 8600 gegen 6300. Nachdem der August 1932 die höchste Monatsziffer in der Benutzung seit Bestehen der Fähre überhaupt gebracht hat, werden die Septemberziffern als außerordentlich günstig bezeichnet. Zu ihnen ist der am Bodensee immer sehr starke Sonderverkehr, der mit der Weinrente einsetzt, vor allem nach dem Gebiet von Meersburg, noch nicht enthalten. Er kommt in der Hauptphase dem Oktoberverkehr zugute.

Kurze Nachrichten aus Baden

Zum Diebstahl im Sädinger Fribolins-Münster

Über das Agnesen-Kreuz schreibt der um die Sädinger Geschichtsschreibung verdienteste Mittelmaler Malzacher in seinem unerschöpflichen Nachlaß etwa folgendes:

Das Kreuz besteht aus vergoldetem Silberbesatz mit eingelassenen Lapis lazuli und Glaskristallen, Mantelornamenten des 14. Jahrhunderts, auf der Rückseite Emailleinschriften, welche Reliquienverzeichnis einschließen. Schrift ist spätestens 14. Jahrhundert. Zu erwähnen ist noch, daß das Kreuz eine sog. Altschlinge enthält. Das sind frühmittelalterliche Kreuzschnitte, benannt nach der Insel Alfen. Ihre wahrscheinliche Herkunft ist aus dem 7. und 9. Jahrhundert nach Christus. — Zu dem gestohlenen kleinen Reliquienkreuz ist noch zu bemerken, daß dieses ein spätgotischer Ersatz für das der heiligen Kreuzkirche überlassene Rudolfs-Kreuz ist. — Zu dem Mehrgewand schreibt Malzacher, ebenfalls in seinem unerschöpflichen Nachlaß, daß das eigentliche Mehrgewand längst zerfallen und an Verehrer des hl. Fribolin in kleinen Stücken verteilt worden sei, vorhanden seien nur noch die Stola und der Mantel. Etwa um das Jahr 1885 war noch das Futter des Mehrgewandes vorhanden, an dessen Saum Reste des tiefblauen, mit braunlichen eingewebenen Ornamenten versehenen Seidenstoffes zu sehen waren. Dieses Gewand hatte noch vollkommene Glodenform und reichte beim Tragen bis auf den Boden. Bei den Reliquien des hl. Fribolin lag nun ein uraltcs Stück gewirkten Seidengewebes von derselben Technik, wie das in der Kirche von Chur aufbewahrt, welches der frühesten byzantinischen Zeit zugerechnet wird. Um diesen Stoff von fernerer Verschleuderung zu schützen, wurde er zu einem neuen „Fribolinsgewand“ in römischer Form verwendet.

In den letzten 500 Jahren ist schon manches an Kostbarkeiten des Kirchenbesitzes abhanden gekommen. Bei der Aufhebung des Stiftes kamen die meisten Diebstähle vor, so ist dort auch der Stab des hl. Fribolin verschwunden. Zur Zeit des Streites der Katholiken und Altprotestanten um den Besitz der Fribolinskirche ist ebenfalls viel verschwunden, so ein auf Seide gesticktes, uraltcs Muttergottesbildnis. Nach unerbürgten Mitteilungen soll auch am Mehrgewand schon ein Diebstahl verübt worden sein, und zwar soll ein Messner ein Stück des kostbaren Stoffes an ein Museum weiterverkauft haben.

23. Mannheim, 26. Okt. Das Flugboot „Do X“ ist heute nachmittags kurz nach 4 Uhr, von Mainz kommend, auf dem Rhein bei Mannheim gelandet. Namens der Stadt begrüßte Oberbürgermeister Dr. Seimreich die Leitung des Flugboots und die Flugpiloten, die von Mainz herbeigekommen waren. Die Zahl der Schaulustigen, die sowohl das Mannheimer als auch das Ludwigshafener Rheinufer umsäumten, wird auf mindestens 100 000 geschätzt.

23. Bruchsal, 25. Okt. Die Kirchenbücher im Bezirk Bruchsal sollen im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durch Abschreiben vervielfältigt werden, um der starken Abnutzung, die infolge der immer größeren Nähe annehmenden Familienforschung eintritt, zu begegnen. Die Abschriften werden mit genauen Registern versehen, die bei den Kirchenbüchern meistens fehlen, um dadurch das Nachschlagen zu erleichtern.

23. Freiburg i. Br., 26. Okt. Einen Tag vor Vollendung seines 75. Lebensjahres starb infolge eines Herzschlages Münsterbaumeister Dr. h. c. Friedrich Kempf, Freiburg. Der Verstorbene, dessen Wiese in Weinheim an der Bergstraße stand, studierte an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. Nach Abschluß seiner Studien kam er als Volontär an das Erzbißhofische Bauamt nach Karlsruhe. 1884 kam er an das Erzbißhofische Bauamt nach Karlsruhe. 1884 kam er an das Erzbißhofische Bauamt nach Karlsruhe. 1884 kam er an das Erzbißhofische Bauamt nach Karlsruhe.

Handel und Wirtschaft Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	27. Oktober		26. Oktober	
	Weih	Wrie	Weih	Wrie
Amsterdam 100 G.	169.63	169.97	169.53	169.87
Kopenhagen 100 Kr.	71.88	72.02	72.68	72.82
Italien . . 100 L.	21.56	21.60	21.54	21.58
London . . 1 Pf.	13.83	13.87	13.98	14.02
New York . 1 D.	4.209	4.217	4.200	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.545	16.685	16.54	16.58
Schweiz . . 100 Fr.	81.26	81.42	81.22	81.38
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.02
Brag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Landesbank für Haus- und Grundbesitz Ein Moratorium vorgeschlagen

Heute, Donnerstagvormittag, wurde in mehrstündiger Sitzung, die im kleinen Festhallaesaal in Karlsruhe stattfand und von mindestens 500 Gläubigern besucht war, über einen Vergleichsvorschlag verhandelt. Direktor Weil gab als Vertrauensperson ein Bild der Entwicklung der Landesbank für Haus- und Grundbesitz, die bekanntlich am 21. Juli d. J. gezwungen war, ihre Schalter zu schließen.

Bei Aufstellung des neuen Status ist man mit äußerster Vorsicht zu Werke gegangen. Es stehen den Forderungen in Höhe von 4 1/2 Millionen Reichsmark folgende Aktiva gegenüber: Kassen- und Bankguthaben 125 000 RM., Wertpapiere 115 000 RM., drei Bankgebäude 390 000 RM., zehn Mietshäuser 280 000 RM., zwei industrielle Anwesen 55 000 RM., Mobilien 40 000 RM., Außenstände 2 800 000 RM., auf: 3 915 000 RM.

Daneben laufen noch Avals in Höhe von 338 000 RM. und Wechselverbindlichkeiten in Höhe von 110 000 RM. Für den Fall, daß das Institut weiterbestehen bleibt, hat das Reich einen verlorenen Zuschuß von 235 000 RM. in Aussicht gestellt.

Aus der Erhöhung der Haftsumme von 500 auf 800 RM. ergibt sich bei 1900 Genossenschaftlern eine Nachzahlung von 570 000 RM. Man rechnet aber nur bei den heutigen Verhältnissen mit einem Eingang von etwa 300 000 RM. Nach Ansicht des Direktors Weil liegen also nicht etwa nur 30 bis 40 Prozent in der Masse, sondern die Aktiven und Passiven werden sich unter den heutigen Verhältnissen zum mindesten die Waagschale halten. Ein Moratorium schein für alle Beteiligten eine vorteilhafte Lösung. Man werde auch an die baldmögliche Bewertung der Effektenbestände gehen, und es sei zu erwarten, daß die Rückzahlungen so fließen, daß spätestens im Frühjahr 1933 eine erste Ausschüttung von mindestens 10 Prozent erfolgen kann. Der Gläubigerausschuß bleibt als Arbeitsausschuß weiterbestehen. Präsident v. Au hat sein Amt als Vorstandsmitglied niedergelegt. Heute sei zu entscheiden: Annahme des Vergleiches oder Konkurs. Das letztere sei vorzuziehen.

Direktor Weil betonte, daß ein Großteil Schuld an der ungünstigen Entwicklung die schlechte Wirtschaftslage trage. Grundsätzlich sei keine Aberforderung der Höchstfordergrenze erfolgt. Die einzelnen Kredite seien immer erst nach sorgfältiger Prüfung vielleicht aber in zu optimistischer Einstellung gewährt worden. Unmittelbare Anhaltspunkte für Negativforderungen scheinen nicht gegeben zu sein. Die Entwertung auf dem Grundstücksmarkt sei nicht vorauszufragen gewesen. Ein Konkurs wäre eine Katastrophe für die Genossen und die Schuldner der Bank.

Aus der Mitte der Versammlung wurde verschiedentlich die Geschäftsführung der Bank kritisiert und verlangt, daß Vorstand und Aufsichtsrat zurücktreten. Ein Antrag auf Vertagung zwecks Vorbereitung eines Liquidationsvergleiches fand nur wenig Gegenliebe. Die Übergabe der Mehrheit erklärte ihre Zustimmung zu folgendem Vergleichsvorschlag:

Die Forderungen bis zu 50 RM. werden innerhalb vier Wochen sofort befriedigt. Die übrigen Gläubiger bewilligen ein zweijähriges Moratorium, laufend vom 21. Juli 1932 bis 21. Juli 1934. Sie erhalten während dieser Zeit eine Verzinsung von 3 Proz. unter dem jeweiligen Reichsbankdiskont.

Die Entscheidung des Gerichts wird am Donnerstag, den 3. November, vormittags 10 Uhr, verkündet werden.

Die Mannheimer Börse zur Getreidepolitik. Die Mannheimer Produktendörse hat an die Reichsregierung Ausführungen gerichtet, in denen darauf hingewiesen wird, daß in diesem Erntejahr mehr als genügend Brotgetreide vorhanden ist, um die Brotverjorgung sicherzustellen. Es ist dabei vor allem zu beachten, daß die Landwirtschaft bisher mit Verläufen stark zurückgehalten hat, wie aus der letzten Vorratsstatistik des Deutschen Landwirtschaftszentralrats vom 15. September hervorgeht und daß außerdem durch die Getreidelombardierung und die gesetzliche Einlagerungspflicht der Mühlen große Mengen Getreide aufgestapelt sind, die im Laufe der nächsten Monate einmal zur Bewegung und dem gesunkenen Markt unter Druck halten müssen. Trotz der verschiedenen amtlichen Stützungsmaßnahmen und Koppelungsaktionen ist es nicht gelungen, das Preisniveau zu halten, sondern es ist im Gegenteil festzustellen, daß die Preise für inländisches Brotgetreide und Mehl der neuen Ernte seit 15. August 1932 bis zu 15 Prozent zurückgegangen sind. Neben den Landwirten, die von den gesetzlichen Lombardierungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht haben, sind es Handel, Mühlen und Genossenschaften, die ebenfalls eingelagert oder doch auf längere Sicht eingekauft haben, die nun durch diese außerordentlichen Preisrückgänge erneut empfindliche Verluste erleiden. Was sich hier vollzieht, ist eine neue Kapitalverdrängung und Vermögensentwertung, die die gesamte Getreidewirtschaft auf das schwerste trifft und die zu einer Lähmung aller ihrer Organe geführt hat in einem Ausmaße, wie es bisher noch nie der Fall gewesen ist. Der Mißerfolg all dieser gesetzlichen Aktionen und Staatseingriffe muß die Erkenntnis veranlassen, daß die Krise der Getreidewirtschaft nur überwunden werden kann, wenn es gelingt, den regulären Brotverbrauch zu heben und so die verbilligte Preisbasis für Weizen und Roggen volkswirtschaftlich richtig auszuwerten. Abschafft der Landwirtschaft und Konsumrückgang gehen miteinander Hand in Hand. Es müßte den Bäckereien und den brotherstellenden Betrieben ermöglicht werden, den Arbeitsbeginn durchweg nach eigenem Gutdünken festzusetzen, so daß die Bäder wieder imstande wären, um 6 Uhr morgens die Bevölkerung mit frischem Weizen Gebäck zu beliefern. Alle Möglichkeiten zur Steigerung des besonders brachliegenden Weibrotkonsums durch Verbilligung des Verkaufes in Gasthäusern, Wirtschaften und Hotels sollten ausgenutzt werden.

Ergebnislose Rheinschiffahrt-Konferenz. Die Internationale Studienkommission zur Behebung der Krise in der Rheinschiffahrt beriet am 26. Oktober in Köln einen schon in Straßburg vorgelegten, inzwischen aber geänderten Plan. Die Redereibetreiber versuchten, die von den Kartularschiffhiffen vorgebrachten Bedenken durch Änderungsvorschläge zu überbrücken. Eine Übereinstimmung war jedoch, wie der „Raff. Ztg.“ aus Essen gemeldet wird, nicht zu erzielen. Am 9. November soll die Studienkommission in Duisburg weiter verhandeln und einer Versammlung sämtlicher Rheinebenebenen endgültigen Bericht zur Beschlußfassung erstatten.

Tagung der Mühlenkonvention erst am 31. Oktober. Aus Berlin wird gemeldet: Die für heute (27. Oktober) in Mannheim anberaumte Mühlenkonvention, in welcher über den Fortbestand der Konvention verhandelt werden sollte, ist auf Montag, den 31. Oktober d. J., verschoben worden.

Weitere Weisepreisermäßigung. Die süddeutschen Großmühlen, die bekanntlich am Montag dieser Woche ihre Weisepreise um 30 Pf. pro Tsd. ermäßigten, haben gestern eine weitere Preisermäßigung ihrer Fabrikate um 40 Pf. pro Tsd. eintreten lassen. Die Preise stellen sich ab gestern für südd. Weizenmehl, Spezial Mull, per Oktober/Dezemberlieferung, auf 29,80 RM., für desgl. Sondermahlung mit Auslandsweizen auf 30,80 RM., für südd. Weizenausgangsmehl, gleiche Mahlart und Lieferzeit, auf 32,80 RM. bzw. 33,80 RM. und für südd. Weizenbrotmehl auf 21,80 RM. bzw. 22,80 RM. per 100 Kilo, waggontfrei Mannheim.

Dirigent: Kripps
Regie: Dr. Hagemann

Badisches Landesbheater
Freitag, 28. Oktober 1932
* F 6 (Freitagmiete)
Th.-Gem. 401-500

Eine Nacht in Benedig
Operette v. Johann Strauß

Mitwirkende:
Haberlorn, Jan, Seiberlich,
Faber, Friz, Hofbach, Kiefer,
Kieble, Köfer, Rentwig,
Schönthal, Mateo, Müller
Anfang 20 Ende 22/4
Preise D (0,80-5 RM.)

Sa. 29. 10. Uraufführung:
Voh lude die Erde.
So. 30. 10. Nachmittags:
Margarete. Abds.: Figaro's
hochzeit. Im Koncerthaus:
Wellling adieu.